

Antrag

**der Abgeordneten Karin Prien, Franziska Grunwaldt, Jörg Hamann,
Karl-Heinz Warnholz, Dr. Jens Wolf (CDU) und Fraktion**

Haushaltsplan-Entwurf 2017/2018

Einzelplan 4 Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Aufgabenbereich 255 Arbeit und Integration

Produktgruppe 255.03 Integration, Opferschutz, Zivilgesellschaft

Betr.: Gründung einer Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus

Rechtsextreme zeichnen sich durchweg durch eine antisemitische Haltung aus, allerdings ist Antisemitismus leider als Einstellung nicht nur dort zu verorten. Unter dem Deckmantel des Antizionismus ist Antisemitismus leider auch seit Jahrzehnten unter Linksextremisten hoffähig. Mit der Ausbreitung von Islamismus und Salafismus geraten die auch in diesen Kreisen kursierenden antijüdischen Positionen immer mehr in die Öffentlichkeit und in den Fokus des Landesverfassungsschutzes. Auch in den sozialen Netzwerken und im Internet im Allgemeinen feiern antisemitische Verschwörungstheorien fröhliche Urstände. Antijüdische Verbalattacken bei Demonstrationen oder im Internet, aber auch Gewaltdelikte gegen jüdische Einrichtungen nehmen auch in Deutschland wieder zu. Migrantischer Antisemitismus erweist sich zunehmend als ein Alltagsphänomen. Jüdische Mitbürger fühlen sich immer häufiger unwohl und bedroht. Vor dem Hintergrund unserer Geschichte und der historischen Verantwortung, die wir als Deutsche tragen, wollen wir das nicht hinnehmen. Der Berliner Senat hat auf diese Entwicklung reagiert und den Verein für Demokratische Kultur e.V. damit beauftragt, die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus zu gründen. Diese beobachtet und dokumentiert gegen das Judentum oder Israel gerichtete Anfeindungen. Im Jahr 2015 unterstützte die Große Koalition in Berlin diese Aufgabe in Höhe von 28.735 Euro aus dem Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus/Stärkung der Demokratie und Schutz vor Diskriminierung und Gewalt.

Der Hamburger Landesverfassungsschutzbericht 2015 macht allerdings deutlich, dass Antisemitismus nicht nur ein Problem der Hauptstadt ist. Auch in Hamburg fallen Rechtsextreme und islamistische Organisationen wie Hizb ut-Tahrir (HuT) durch antijüdische Positionen auf. Zudem wurde die Universität Hamburg zusammen mit anderen deutschen Hochschulen im Frühjahr Opfer eines Hackerangriffs, der die Drucker antijüdische Hetzschriften ausdrucken ließ. Diese Beispiele machen deutlich, dass auch Hamburg mit der Gründung einer Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus ein angemessenes Zeichen gegen den wachsenden Antisemitismus in seinen verschiedenen Spielarten setzen muss. Den Auftrag hierfür soll die Sozialbehörde im Jahr 2017 vergeben und dem ausgewählten Träger für die Erfüllung seiner neuen Aufgabe im Doppelhaushalt 2017/18 pro Jahr jeweils 30.000 Euro zur Verfügung stellen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

1. Die Sozialbehörde soll im Jahr 2017 die Gründung einer Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus an einen Träger vergeben.
2. Diesem sollen für die Erfüllung der Aufgabe pro Jahr jeweils 30.000 Euro zur Verfügung gestellt werden. Die Gelder sind dem Kontenbereich „Kosten für Transferleistungen“ im Ergebnisplan der Produktgruppe 255.03 Integration, Opferschutz, Zivilgesellschaft zu entnehmen.